

europaticker: BUND: Staatsvertrag muss Rechte und Pflichten regeln

Schweiz diskutiert über Atomendlager, Baden-Württemberg muss sich einmischen

Die Schweiz sucht nach einem Standort für ein atomares Endlager und prüft zurzeit sechs Regionen. Vier von ihnen - Südranden, Zürcher Weinland, Nördlich Lägern und Bözberg - liegen im Grenzbereich zu Baden-Württemberg. Entscheiden sich die Schweizer für eines von ihnen, wären von den Risiken auf deutscher Seite vor allem die Bewohner der Landkreise Waldshut, Lörrach und Konstanz betroffen. "Die Schweiz ist sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, die Betroffenheit der baden-württembergischen Bevölkerung anzuerkennen", kritisierte der Geschäftsführer des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg, Berthold Frieß, "dies ist insbesondere angesichts der Planungen zum Neubau von Atomkraftwerken in der Schweiz bedenklich."

Die Eidgenossenschaft beteiligt nur die Gemeinden an dem Suchverfahren, die im Umkreis von fünf Kilometern der möglichen Standorte liegen. Diese Gemeinden können an Regionalkonferenzen teilnehmen. Der Atomenergie-Experte und Reaktor-Physiker Lüder Rosenhagen, der den BUND in der Begleitkommission Schweiz beim BMU vertritt, erklärte: "Das reicht angesichts der langfristigen Gefahren, die von einem solchen Endlager ausgehen können - wie etwa Aussickerungen in den Rhein -, nicht aus. Dazu kommt, dass noch niemand in den Regionalkonferenzen weiß, welchen Einfluss die Konferenzteilnehmer haben und ob die deutschen Mitglieder dort vergleichbare Rechte besitzen wie die Schweizer." Der Verband forderte auf seiner heutigen Pressekonferenz im Stuttgarter Landtag den Schweizer Bundesrat auf, den Umkreis der betroffenen Gemeinden auf 20 Kilometer nördlich des Rheins zu erweitern. "Die Schweiz muss diese Gemeinden genauso am Entscheidungsprozess beteiligen wie die Schweizer Kommunen", forderte der BUND-Landesgeschäftsführer.

Auch die Landesregierung stehe jetzt unter Zugzwang. Sie müsse die Interessen der Bevölkerung aktiv in den Gremien des Nachbarlandes vertreten - schließlich soll der Atommüll in dem Endlager für eine Million Jahre vergraben werden. Frieß: "Aber bisher stärkt Ministerpräsident Stefan Mappus nur den deutschen Atomkonzernen den Rücken und lässt die Menschen am Hochrhein und am Bodensee mit ihren berechtigten Ängsten - auch vor den Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Tourismusgebieten - im Regen stehen." Der BUND-Landesgeschäftsführer forderte die Landesregierung auf, ihre abwartende Haltung aufzugeben und sich auf Bundesebene vehement für einen Staatsvertrag einzusetzen, der die Beteiligungsrechte und Verpflichtungen zwischen beiden Ländern regelt.

Ein solcher Kontrakt muss sicherstellen, dass die Schweizer Gremien ihre Arbeit transparent machen. Er muss die Beteiligungsrechte der deutschen Bevölkerung rechtsverbindlich festschreiben und gewährleisten, dass die eingelagerten Stoffe in vollem Umfang dokumentiert werden, dass geologische und technische Details des Lagers sowie Störungen und Entwicklungen während des Betriebs festgehalten werden. Der Vertrag muss garantieren, dass die Schweiz die Öffentlichkeit über Störungen rasch informiert. Nicht zuletzt muss er verbindlich die Pflichten der Schweiz für die gesamte Einlagerungs- und Betriebsdauer festlegen, wenn es zum Beispiel zu Leckagen in den Rhein oder anderen Schadensfällen kommt.

Die Endlagersuche in der Schweiz rückt das weltweit ungelöste Problem der Atommüllentsorgung wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion - auch in Deutschland. Frieß: "Die Landesregierung kann nicht die Laufzeitverlängerung forcieren, den Bau Schweizer AKWs befürworten und sich gleichzeitig gegen eine ergebnisoffene Endlagersuche in Deutschland sperren." Alternative Standortvorschläge zu Gorleben die - auch in Süddeutschland - unabhängig geprüft werden müssen, sind nach Ansicht des BUND unbedingt nötig. Berthold Frieß erklärte: "Auch wenn es an dem Schweizer Verfahren manches auszusetzen gibt, für die Endlagersuche in Deutschland kann es vor allem im Hinblick auf die Offenheit und die wissenschaftliche Herangehensweise ein Vorbild sein."

(BUND Baden-Württemberg)

*Quelle/Autor: Europaticker
erschienen am: 2010-06-23*



Schon mehr als **100.000** BürgerInnen fordern: Atomkraft jetzt abschalten!

campact!
DEMOKRATIE IM AKTION.de
Erklärung online
unterzeichnen

Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu dem Beitrag:

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Der EUROPATICKER Umweltruf erscheint im 10. Jahrgang. Das Ersterscheinungsdatum war der 20. März 2000.

Für die Titel: **EUROPATICKER, KORRUPTIONSREPORT und UMWELTRUF** nehmen wir Titelschutz nach § 5 Abs. 3 MarkenG. in Anspruch. Wir unterliegen dem Presserecht des Landes Sachsen-Anhalt. Verantwortlich im Sinne des Presserechtes ist: Diplom-Betriebswirt Hans Stephani.

Ein Service der:

EUROPATICKER - Verlag GmbH, Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stendal unter der Nummer B 2311, Geschäftsführer: Beatrix Stephani, Steuerliche Angaben: Finanzamt Genthin Steuernummer: 103/106/00739, Blumenstr. 11 D-39291 Möser Telefon: 039222 4125, Telefax: 039222 66664

[Zurück zum Nachrichtenüberblick](#)

[Diese Meldung ausdrucken](#)